Европейски парламент Parlamento Europeo Evropský parlament Europa-Parlamentet Europäisches Parlament
Euroopa Parlament Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο European Parliament Parlement européen Parlaimint na hEorpa
Europski parlament Parlamento europeo Eiropas Parlaments Europos Parlamentas Európai Parlament
Parlament Ewropew Europees Parlement Parlament Europejski Parlamento Europeu Parlamentul European
Európsky parlament Evropski parlament Euroopan parlamentti Europaparlamentet

Liste der Veröffentlichungen des Think Tank des EP

https://www.europarl.europa.eu/thinktank

Suchkriterien für die Erstellung der Liste :

Sortierung	Nach Datum ordnen
Schlagwortliste	"Sozialversicherungsrecht"

30 Ergebnisse

Erstellungsdatum : 20-04-2024

Politische Maßnahmen der EU im Interesse der Bürger: Gesundheits- und Sozialwesen

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 28-06-2019

Verfasser KISS Monika | SCHOLZ Nicole

Politikbereich Beschäftigung | Sozialpolitik | Öffentliche Gesundheit

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | GEOGRAFIE | Gesundheit | Gesundheitspolitik | Gesundheitsversorgung | grenzüberschreitende Dimension | Harmonisierung der Sozialversicherung | Mitgliedstaat der EU | Mobilität der Arbeitskräfte | Sozialbeitrag | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Statistik | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsanalyse | Wirtschaftsgeografie | Wirtschaftsraum und Regionalpolitik

Zusammenfassung Wenngleich das Gesundheits- und Sozialwesen in der Europäischen Union (EU) in erster Linie Aufgabe der einzelnen EU-Mitgliedstaaten ist, ergänzt die EU deren Politik, insbesondere in Bereichen mit einer grenzüberschreitenden Dimension. In einer kürzlich im Auftrag des Europäischen Parlaments durchgeführten Umfrage haben sich über zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger der EU für einen Ausbau der Maßnahmen der EU im Bereich Gesundheit und Soziales ausgesprochen. Die EU-Gesundheitspolitik hat die Förderung guter Gesundheit, den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Gefahren und die Unterstützung dynamischer Gesundheitssysteme zum Ziel. Ihre Umsetzung erfolgt hauptsächlich über EU-Aktionsprogramme, derzeit im Rahmen des dritten Gesundheitsprogramms (2014–2020). Zu den Herausforderungen zählen die gesundheitliche Versorgung einer alternden Bevölkerung und die Verringerung der Inzidenz vermeidbarer chronischer Krankheiten. Seit 2014 wurden in einer Reihe von Bereichen Fortschritte erzielt, darunter Antibiotikaresistenz, Übergewicht bei Kindern, Gesundheitssysteme, Medizinprodukte und Impfungen. Die Maßnahmen der EU im Bereich der sozialen Sicherheit sind eng mit der Umsetzung der sogenannten europäischen Säule sozialer Rechte sowie mit den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt verbunden. Die EU trägt zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei und strebt nach der Förderung von Gleichheit und Solidarität durch angemessene, zugängliche und finanziell tragfähige Systeme der sozialen Sicherheit sowie durch Maßnahmen zur sozialen Eingliederung. Die Ausgaben der EU für die soziale Sicherung sind mit Arbeitsmarktmaßnahmen verknüpft. Obgleich bei Themen wie der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und Chancengleichheit Fortschritte zu verzeichnen sind, bleibt noch viel zu tun. Die sozialen Sicherungssysteme müssen künftig besser an die neuen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt angepasst werden (weniger Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie, atypische Verträge, „Plattformarbeit“ usw.). In ihrem Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 plant die Europäische Kommission eine Aufstockung der Mittel, um die Beschäftigungschancen für Arbeitnehmer zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt durch einen erweiterten „Europäischen Sozialfonds Plus“ zu stärken. Der Fonds würde auch die Finanzierung des eigenständigen Gesundheitsprogramms umfassen und hätte dabei zum Ziel, Synergien mit den anderen Bausteinen der europäischen Säule sozialer Rechte zu schaffen: Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie soziale Sicherung und Eingliederung. Dies ist eine Aktualisierung eines früheren Briefings, das vor den Europawahlen 2019 veröffentlicht wurde.

Briefing DE, EN, FR

Multimedia EU policies – Delivering for citizens: Health and social security

Politische Maßnahmen der EU im Interesse der Bürger: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 28-06-2019

Verfasser LECERF Marie

Politikbereich Beschäftigung

Schlagwortliste Arbeitslosigkeit | Arbeitsmarkt | Bekämpfung der Arbeitslosigkeit | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Demografie und Bevölkerung | Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung | EU-Strategie | EUROPÄISCHE UNION | Europäischer Investitionsfonds | Europäischer Sozialfonds | europäisches Einigungswerk | Finanzen der Europäischen Union | GEOGRAFIE | Initiative der EU | Institutionen der Europäischen Union und Europäischer Öffentlicher Dienst | junger Mensch | Lehre | Mitgliedstaat der EU | Mobilität der Arbeitskräfte | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | Statistik der EU | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsanalyse | Wirtschaftsgeografie

Zusammenfassung Bereits seit Anfang der 1950er Jahre engagiert sich die Europäische Union (EU) für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, indem sie eine hohe Beschäftigungsquote fördert. Das Thema wurde mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 und dem damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosenquoten in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) ganz oben auf die europäische Agenda gesetzt. In ihrer Strategie Europa 2020 hat die Europäische Kommission das Ziel festgelegt, bis 2020 75 % der 20- bis 64-Jährigen in Beschäftigung zu bringen. Die Arbeitsmarktbedingungen in der EU haben sich in den letzten Jahren erheblich verbessert, und die meisten Arbeitsmarktindikatoren verzeichneten eine stetige Verbesserung. Seit Mitte 2013 ist die Arbeitslosenquote in der EU rückläufig und liegt inzwischen wieder auf dem Stand von vor der Krise (6,5 % im Februar 2019). Trotz der Erholung des Wirtschaftswachstums und seiner positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt steht die EU noch vor Herausforderungen im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit, insbesondere in Bezug auf Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, Jugendarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit. Seit 2014 wurden in einer Reihe von Bereichen Anstrengungen unternommen, u. a. zur Unterstützung junger Menschen bei ihrem Eintritt in den Arbeitsmarkt, zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Verbesserung der Kompetenzen und zur Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer in der Europäischen Union. Die Verbesserung der Arbeitsmarktindikatoren kommt in der gestiegenen Wertschätzung der Bürger für das Engagement der EU bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Dennoch gibt es zahlreiche Forderungen an die EU, in diesem Politikbereich noch mehr zu tun (76 % der Unionsbürger). In Zukunft könnten neue oder aktualisierte Rechtsvorschriften im Beschäftigungsbereich die Arbeit modernisieren, um die Anpassung an eine digitale Welt zu erleichtern, nachhaltige Übergänge von der Arbeitslosigkeit ins Erwerbsleben und von einem Arbeitsplatz zum nächsten zu unterstützen, die Mobilität der Arbeitnehmer zu erhöhen und für eine engere Abstimmung zwischen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sorgen. Dies ist die aktualisierte Fassung eines Briefings, das vor der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 veröffentlicht wurde.

Briefing DE, EN, FR

Multimedia EU policies – Delivering for citizens: The fight against unemployment

Überarbeitung der Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Art der Veröffentlichung Auf einen Blick

Kalenderdatum 16-04-2019

Verfasser KISS Monika

Politikbereich Beschäftigung | Sozialpolitik

Schlagwortliste Angleichung der Rechtsvorschriften | EUROPÄISCHE UNION | Harmonisierung der Sozialversicherung | Recht der Europäischen Union | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht

Zusammenfassung Rund 14 Millionen EU-Bürger leben außerhalb ihres Heimatlandes. Die für sie geltenden Systeme der sozialen Sicherheit werden von den jeweiligen Mitgliedstaaten festgelegt. Die Kommission hat vorgeschlagen, die derzeitigen Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit anzupassen. Zwischen dem Ratsvorsitz und dem Europäischen Parlament wurde eine vorläufige Einigung erzielt, die jedoch in der Sitzung des AStV vom 29. März 2019 abgelehnt wurde. Das Parlament wird das Dossier auf seiner Plenartagung April II erörtern.

Auf einen Blick DE, EN, ES, FR, IT, PL

Brexit and Migration

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 16-10-2018

Externe Autor Carolus Grütters, Elspeth Guild, Paul Minderhoud, Ricky van Oers, Tineke Strik

Politikbereich EU-Recht: Rechtsordnung und Rechtsakte | Menschenrechte | Sicherheit und Verteidigung

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | Aushandlung von Abkommen (EU) | Austritt aus der EU | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Binnengrenze der EU | das Vereinigte Königreich | Demografie und Bevölkerung | Drittland | EU-Visumpolitik | Europa | EUROPÄISCHE UNION | europäisches Einigungswerk | Familienwanderung | freier Personenverkehr | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | GEOGRAFIE | INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN | Internationale Politik | internationales Abkommen | Internationales Recht | Migrationspolitik | Politik der Zusammenarbeit | Politische Geografie | RECHT | Selbstständige | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Wanderungsbewegungen | Wirtschaftsgeografie | Wohnsitz

Zusammenfassung This study, commissioned by the European Parliament's Policy Department for Citizens' Rights and Constitutional Affairs, at the request of the European Parliament Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE Committee), focuses on the future relationship between the UK and the EU following the UK's withdrawal from the EU in the field of migration (excluding asylum), including future movement of EU citizens and UK nationals between the EU and UK. Moreover, it investigates the role of the Court of Justice of the EU.

Studie EN

Anlage 1 EN

Social protection in the EU: State of play, challenges and options

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 11-10-2018

Verfasser MILOTAY Nora

Politikbereich Beschäftigung | Bildung | Sozialpolitik | Öffentliche Gesundheit

Schlagwortliste Arbeitsbedingungen | Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | Arbeitsrecht und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | BILDUNG UND KOMMUNIKATION | BusinessEurope | Europäische Organisation | EUROPÄISCHE UNION | Europäischer Gewerkschaftsbund | Finanzen der Europäischen Union | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | Harmonisierung der Sozialversicherung | Haushaltsplan der EU | Information und Informationsverarbeitung | Informationsaustausch | INTERNATIONALE ORGANISATIONEN | kollaborative Wirtschaft | Leben in der Gesellschaft | Nichtregierungsorganisation | RECHT | Rechte und Freiheiten | Sozialdumping | SOZIALE FRAGEN | soziale Rechte | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsstruktur

Zusammenfassung Globalisation, technological change, an aging population and changes to the world of work have made securing social protection for all, i.e. economic and social security, a major challenge. When social protection systems work well, they can have a stabilising effect on the economy and promote socio-economic equality and stability. By contrast, inadequate or ineffective systems can exacerbate inequality. Indeed, improving the existing social protection systems is the priority of half of the principles of the European Pillar of Social Rights – the European Commission's overarching social field initiative designed to serve as a compass for policies updating current labour market and welfare systems. While implementation of the 'social pillar' remains primarily the responsibility of the Member States, in close cooperation with the social partners, the European Commission has put forward several legislative and non-legislative initiatives to support this process in the area of social protection. These include the proposal for a recommendation on social protection for all, including non-standard workers, responding to calls from the European Parliament and the social partners and stakeholders. This proposal had the difficult task of addressing all the disagreements that had arisen during the two-phase consultation in the preparatory phase. While all parties seem to agree on the importance of adjusting social protection to the new realities of life and work, there are differences of opinion concerning the technicalities, such as the financing of schemes. This is in part a reflection of the current evidence that raises many questions as to the optimal response to the new challenges in very diverse systems of social protection across the Member States. The main trends currently include a combination of social protection and social investment, individualisation of social protection schemes and a potential move towards universal social protection, whereby social protection would be removed from the employment relationship. However, financing these schemes poses a challenge.

Briefing EN

Social and Employment Policies in Austria

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 04-07-2018

Externe Autor Michael FUCHS, Eszter ZOLYOMI,Sonila DANAJ, Anette SCOPPETTA

Politikbereich Beschäftigung | Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | Arbeitsmarkt | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Bruttoinlandsprodukt | Einwanderung | Europa | EUROPÄISCHE UNION | europäisches Einigungswerk | GEOGRAFIE | Harmonisierung der Sozialversicherung | Initiative der EU | Jugendarbeitslosigkeit | Leben in der Gesellschaft | Politische Geografie | SOZIALE FRAGEN | soziale Integration | Sozialer Rahmen | Sozialer Schutz | Sozialindikator | Sozialversicherungsrecht | Statistik | Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen | Wanderungsbewegungen | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsanalyse | Wirtschaftsgeografie | Wirtschaftspolitik | Wirtschaftspolitik | Wirtschaftssituation | Wirtschaftswachstum | Österreich

Zusammenfassung This paper describing and analysing recent developments in employment and social policies in Austria was compiled in response to the request by the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) in view of its delegation visit to Austria in early May 2018.

Studie EN

European Labour Authority and Social Security Coordination

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 15-05-2018

Externe Autor Stefano Giubboni

Politikbereich Beschäftigung | Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Binnenmarkt und Zollunion | EU-Recht: Rechtsordnung und Rechtsakte | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | Arbeitsvermittlungsstelle | Arbeitsweise der Organe | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | BILDUNG UND KOMMUNIKATION | Binnenmarkt | EU-Behörde | EUROPÄISCHE UNION | europäisches Einigungswerk | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | GEOGRAFIE | grenzüberschreitende Dimension | HANDEL | Harmonisierung der Sozialversicherung | Information und Informationsverarbeitung | Informationsaustausch | Institutionen der Europäischen Union und Europäischer Öffentlicher Dienst | Mitgliedstaat der EU | Mobilität der Arbeitskräfte | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Vereinfachung der Zollformalitäten | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsgeografie | Wirtschaftsraum und Regionalpolitik | Zolltarifpolitik

Zusammenfassung This briefing discusses the Commission proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on establishing a European Labour Authority with a focus on social security coordination, posted workers and planned changes in the governance framework.
It has been prepared by the Policy Department for Economic and Scientific Policies at the request of the Employment and Social Affairs Committee.Together with other briefings it contributes to a Committee workshop dedicated to the European Labour Authority (24 May 2018).

Briefing EN

Social and Employment Policies in the Czech Republic

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 16-04-2018

Externe Autor Inga Pavlovaite, Jakub Caisl, Dora Vajai

Politikbereich Beschäftigung | Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | Arbeitsmarkt | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Bruttoinlandsprodukt | Europa | EUROPÄISCHE UNION | Europäischer Sozialfonds | Finanzen der Europäischen Union | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | GEOGRAFIE | Harmonisierung der Sozialversicherung | Leben in der Gesellschaft | Politische Geografie | Roma | SOZIALE FRAGEN | soziale Integration | Sozialer Rahmen | Sozialer Schutz | Sozialindikator | Sozialversicherungsrecht | Statistik | Tschechien | Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsanalyse | Wirtschaftsgeografie | Wirtschaftspolitik | Wirtschaftspolitik | Wirtschaftssituation | Wirtschaftswachstum

Zusammenfassung This paper describing and analysing recent developments in employment and social policies in the Czech Republic was compiled in response to the request by the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) in view of its delegation visit to Austria in early May 2018.

Studie EN

Study in Focus: The Social Protection of Workers in the Platform Economy

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 21-12-2017

Verfasser SCHMID-DRÜNER Marion

Politikbereich Beschäftigung | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit | EU-Recht | EUROPÄISCHE UNION | GEOGRAFIE | Gleichbehandlung | Harmonisierung der Sozialversicherung | kollaborative Wirtschaft | Mitgliedstaat der EU | Mobilität der Arbeitskräfte | RECHT | Recht der Europäischen Union | Rechte und Freiheiten | Sozialbeitrag | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsgeografie | Wirtschaftsstruktur

Zusammenfassung This note, prepared by Policy Department A for the Committee on Employment and Social Affairs, summarises the background on the phenomenon of platform work, and introduces the focus and the key findings of the recent study "The Social Protection of Workers in the Platform Economy". It then lists the key recommendations of the study to give the interested audience a quick overview on the main findings of the study.

Briefing EN

Coordination of Social Security Systems in Europe

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 15-12-2017

Verfasser SCHMID-DRÜNER Marion

Politikbereich Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Sozialpolitik | Umsetzung und Durchführung von Rechtsvorschriften

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit | EU-Recht | EUROPÄISCHE UNION | GEOGRAFIE | Gleichbehandlung | Harmonisierung der Sozialversicherung | Mitgliedstaat der EU | Mobilität der Arbeitskräfte | RECHT | Recht der Europäischen Union | Rechte und Freiheiten | Sozialbeitrag | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Wirtschaftsgeografie

Zusammenfassung The leaflet provides a quick overview on the changes proposed by the Commission, as compared to current rules, as well as their assessment.
It is based on main points of the presentation of the study on "Coordination of social security system in Europe" to the EMPL Committee on 4 December 2017.This leaflet has been prepared by the European Parliament's Policy Department A on Economic and Scientific Policy (covering the ECON-ENVI-EMPL-IMCO-ITRE Committees.

Briefing EN

Der soziale Schutz der Arbeitnehmer in der Plattformwirtschaft

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 07-12-2017

Externe Autor Chris FORDE, Mark STUART, Simon JOYCE, Liz OLIVER, Danat VALIZADE, Gabriella ALBERTI, Kate HARDY, Vera TRAPPMANN, Charles UMNEY, Calum CARSON, Centre for Employment Relations Innovation and Change (CERIC), University of Leeds, UK; Justyna KATJA, Gabriela YORDANOVA

Politikbereich Beschäftigung | Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Europäischer Mehrwert | Sozialpolitik | Umsetzung und Durchführung von Rechtsvorschriften | Vorausplanung

Schlagwortliste Arbeitsbedingungen | Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | Arbeitsrecht und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | Arbeitszeit | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | Demografie und Bevölkerung | demografische Analyse | digitaler Binnenmarkt | EUROPÄISCHE UNION | europäisches Einigungswerk | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | Harmonisierung der Sozialversicherung | kollaborative Wirtschaft | RECHT | Recht der Europäischen Union | Rechte und Freiheiten | Rechtsprechung (EU) | SOZIALE FRAGEN | soziale Rechte | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | Stress | Tarifverhandlung | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsstruktur

Zusammenfassung In dieser Studie (Originaltitel „The Social Protection of Workers in the Platform Economy“) wird auf Ersuchen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments der soziale Schutz der in der Plattformwirtschaft tätigen Personen untersucht. In dem Bericht werden die Literatur und die früheren Forschungsarbeiten zur Plattformwirtschaft analysiert, um diese zu definieren und eine Typologie zum Verständnis ihrer Art und Beschaffenheit zu entwickeln. Es werden das Wachstum und die Akteure der Plattformwirtschaft sowie die Vorteile und Herausforderungen für die Arbeitnehmer erörtert. Zudem werden sowohl die Ergebnisse von 50 Befragungen, die mit beteiligten Sachverständigen in acht europäischen Ländern durchgeführt wurden, als auch die Ergebnisse einer ursprünglichen Umfrage, an der 1 200 in der Plattformwirtschaft tätigen Personen teilnahmen, beschrieben. Außerdem werden die verschiedenen normativen Ebenen analysiert, die berücksichtigt werden müssen, wenn die Herausforderungen im Bereich des sozialen Schutzes der in der Plattformwirtschaft tätigen Personen aus rechtlicher Sicht betrachtet werden. Schließlich werden in dem Bericht Schlussfolgerungen gezogen und Empfehlungen hinsichtlich Vereinbarungen ausgesprochen, wie den Arbeitnehmern in diesem wachsenden Wirtschaftssektor sozialer Schutz geboten werden kann.

Studie EN

Zusammenfassung DE, ES, FR, IT, PL

Anlage 1 EN

Coordination of Social Security Systems in Europe

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 15-11-2017

Externe Autor Manuelita Mancini, Stefano Giubboni, Feliciano Iudicone

Politikbereich Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Sozialpolitik | Umsetzung und Durchführung von Rechtsvorschriften

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit | EU-Recht | EUROPÄISCHE UNION | GEOGRAFIE | Gleichbehandlung | Harmonisierung der Sozialversicherung | Mitgliedstaat der EU | Mobilität der Arbeitskräfte | RECHT | Recht der Europäischen Union | Rechte und Freiheiten | Sozialbeitrag | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Wirtschaftsgeografie

Zusammenfassung This at a glance, prepared by Policy Department A at the request of the Committee on Employment and Social Affairs, provides a picture on current developments in the area of social security coordination in the EU.
It assesses the functioning of coordination rules in areas targeted by the amendment proposal from the European Commission, and evaluates the proposal’s possible effects. The study highlights how some of the proposed changes could potentially impact fundamental principles of social security coordination and free movement law, such as the equal treatment principle.

Briefing EN

Amending social security coordination

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 13-10-2017

Verfasser KISS Monika

Politikbereich Beschäftigung | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitslosenversicherung | Arbeitsmarkt | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | BILDUNG UND KOMMUNIKATION | Datenerhebung | Familienleistungsausgleich | GEOGRAFIE | Harmonisierung der Sozialversicherung | Informatik | Information und Informationsverarbeitung | Informationsaustausch | Mitgliedstaat der EU | Nichterwerbsbevölkerung | Pflegegeld | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | Wirtschaftsgeografie

Zusammenfassung Approximately 14 million EU residents (mobile workers, unemployed and economically inactive citizens) are not living in their home country. In order to grant them the social and health benefits to which they are entitled, coordination between the social security systems of the Member States is necessary. However, the current Regulations (EC) No 883/2004 and (EC) No 987/2009 no longer reflect the changing national social security systems and the case law of the European Court of Justice. The European Commission's December 2016 proposal aims to establish a coherent regime for the coordination of long-term care benefits, and to clarify the access of economically inactive citizens to social benefits. It proposes new arrangements for the coordination of unemployment benefits in order to enhance job-seeking, and provisions for the coordination of family benefits, such as parental leave allowances. The proposal also seeks to strengthen administrative rules on social security coordination for posted workers. However, it does not intend to change existing rules on the export of child benefits, despite demands from several stakeholders. Second edition. The 'EU Legislation in Progress' briefings are updated at key stages throughout the legislative procedure. Please note this document has been designed for on-line viewing.

Briefing EN

Liability in Subcontracting Chains: National Rules and the Need for a European Framework

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 10-07-2017

Externe Autor Alexander Heinen; Dr. Axel Müller; Bernd Kessler

Politikbereich Beschäftigung | Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | EU-Recht: Rechtsordnung und Rechtsakte | Verbraucherschutz | Vertrags-, Handels- und Gesellschaftsrecht

Schlagwortliste Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | Arbeitsmarkt | Arbeitsmarkt | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Bürgerliches Recht | entsandter Arbeitnehmer | EUROPÄISCHE UNION | GEOGRAFIE | Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz | kleine und mittlere Unternehmen | Mitgliedstaat der EU | parlamentarische Arbeit | POLITISCHES LEBEN | Produktion | PRODUKTION, TECHNOLOGIE UND FORSCHUNG | RECHT | Recht der Europäischen Union | Rechtsreform | Richtlinie (EU) | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | UNTERNEHMEN UND WETTBEWERB | Unternehmensarten | vertragliche Haftung | Weitervergabe an Nachunternehmer | Wirtschaftsgeografie | Zeitarbeit

Zusammenfassung This study was commissioned upon request by the European Parliament's Policy Department for Citizens' Rights and Constitutional Affairs, upon request of the Committee on Legal Affairs. It provides a comprehensive update on recent developments on a European and national level concerning liability in subcontracting chains and the protection of workers involved in subcontracting chains. A strong focus lies on the existing European legal framework and recent developments in that regard. By assessing the country reports and the findings on a European level, the study closes with "Policy Recommendations" and answers the question from its authors view, if the European Legislator should adopt (further) legislation.

Studie EN

Die Brexit-Verhandlungen: Themen für die erste Phase

Art der Veröffentlichung Eingehende Analyse

Kalenderdatum 22-06-2017

Verfasser D'ALFONSO Alessandro | MCELDOWNEY James | POPTCHEVA Eva-Maria Alexandrova | TILINDYTE-HUMBURG Laura

Politikbereich Demokratie in der EU, institutionelle und parlamentarische Rechte | EU-Recht: Rechtsordnung und Rechtsakte | Haushalt

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | Aufenthaltsrecht | ausländischer Staatsangehöriger | Austritt aus der EU | Außengrenze der EU | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | BILDUNG UND KOMMUNIKATION | das Vereinigte Königreich | EU-Bürger | Europa | europäische Staatsbürgerschaft | EUROPÄISCHE UNION | europäisches Einigungswerk | freier Personenverkehr | GEOGRAFIE | Gesundheit | Gesundheitssystem | Internationales Recht | Irland | Nordirland | Organisation des Unterrichtswesens | Politische Geografie | RECHT | Regionen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | Stellengesuch | Studentenheim | Wirtschaftsgeografie | Übertragung des Rentenanspruchs

Zusammenfassung In diesem Dokument werden die drei Hauptprioritäten der EU für die Verhandlungen über die Modalitäten des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU dargelegt. Es werden die Verhandlungspositionen der EU hinsichtlich Bürgerrechten analysiert; zudem wird die derzeitige Rechtslage nach EU-Recht dargestellt. In den Verhandlungsleitlinien und dem Verhandlungsmandat ist festgelegt, dass diese für jene Bürger der EU gewahrt werden soll, die aufgrund der Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit direkt vom Austritt des Vereinigten Königreichs betroffen sind. Weiterhin wird die Verhandlungsposition der EU zur Entflechtung der Rechte und Pflichten des Vereinigten Königreichs von jenen der anderen EU-Mitgliedstaaten dargelegt, unter anderem auch zur Methode der entsprechenden finanziellen Abrechnung. Schließlich wird die Bedeutung des Karfreitagsabkommens und des Beitrags der EU zum nordirischen Friedensprozess erklärt.

Eingehende Analyse DE, EN, FR

Coordination of social security systems

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 15-06-2017

Verfasser EISELE Katharina

Politikbereich Beschäftigung

Schlagwortliste Arbeitslosenversicherung | Arbeitsmarkt | Arbeitsmarkt | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Familienleistungsausgleich | GEOGRAFIE | Gesundheit | Gesundheitsorganisation | grenzüberschreitende Zusammenarbeit | Harmonisierung der Sozialversicherung | INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN | Mitgliedstaat der EU | Pflegegeld | Politik der Zusammenarbeit | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Wirkungsstudie | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsanalyse | Wirtschaftsgeografie

Zusammenfassung Generally, the IA seems to provide a robust basis on which to change the current EU framework of social security coordination. A number of comprehensive external studies substantiates the IA. It appears that the European Commission was open about data limitations and key assumptions. Various stakeholder consultations were conducted, including two public online consultations. The Commission proved flexible and responsive in that it developed two options in direct response to feedback from the Administrative Commission. Consequently, however, the views of other stakeholders, including of social partners and NGOs regarding such options (which became the Commission's preferred options) were not gathered through a formal consultation.

Briefing EN

Soziale Sicherheit in anderen EU-Mitgliedstaaten

Art der Veröffentlichung Kurzdarstellungen zur EU

Kalenderdatum 01-06-2017

Verfasser SCHMID-DRÜNER Marion

Politikbereich Sozialpolitik

Schlagwortliste Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | EUROPÄISCHE UNION | freier Personenverkehr | Gleichbehandlung | Harmonisierung der Sozialversicherung | Institutionen der Europäischen Union und Europäischer Öffentlicher Dienst | Internationales Recht | Niederlassungsrecht | RECHT | Rechte und Freiheiten | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Zuständigkeit des EP

Zusammenfassung Die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme dient der Förderung der Freizügigkeit im EU-Gebiet. Eine grundlegende Reform, mit der das gesamte System von Rechtsvorschriften modernisiert wurde, ist im Mai 2010 in Kraft getreten und hat die Gesetzgebung aus den Siebzigerjahren ersetzt. Darüber hinaus ist der rechtliche Schutz von Arbeitnehmern, die von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen, durch den Erlass weiterer Rechtsakte verbessert worden. Bis Ende 2016 soll das System überarbeitet werden, um es an die modernen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in der EU anzupassen.

Kurzdarstellungen zur EU BG, CS, DA, DE, EL, EN, ES, FI, FR, HU, IT, LT, LV, NL, PT, RO, SV, ET, HR, MT, PL, SK, SL

Gender equality policies in Slovakia

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 14-04-2017

Externe Autor Silvia PORUBANOVA, Institute for Labour and Family Research

Politikbereich Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Gleichstellungsfragen, Gleichheit und Vielfalt

Schlagwortliste Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Beteiligung der Frauen | Erziehungsurlaub | Europa | Familie-Beruf | GEOGRAFIE | Gleichheit des Arbeitsentgelts | Gleichheit von Mann und Frau | häusliche Gewalt | Lage der Frauen | Leben in der Gesellschaft | nationales Recht | Politische Geografie | RECHT | Rechte der Frau | Rechte und Freiheiten | Rechtsquellen und Rechtsdisziplinen | sexuelle Gewalt | Slowakei | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Strafrecht | UNTERNEHMEN UND WETTBEWERB | Unternehmensorganisation | Unternehmergeist | Verwaltung und Entlohnung des Personals | Wirtschaftsgeografie

Zusammenfassung The Slovak Republic addresses equality between women and men both in its national legislation and relevant strategic materials and documents. With the aim to strengthen institutional support for women and development of effective policies and programmes, the Slovak republic made necessary changes in legislation and adjusted policies to better facilitate creation of conditions for effective implementation of systematic measures at the institutional level. These have been essential in the effort to achieve gender equality and eliminate gender inequalities in the society.

Studie EN

Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 01-02-2017

Verfasser REMAC Milan

Politikbereich Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | BILDUNG UND KOMMUNIKATION | Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit | EUROPÄISCHE UNION | Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss | GEOGRAFIE | Gerichtshof der Europäischen Union | Gleichbehandlung | Harmonisierung der Sozialversicherung | Institutionen der Europäischen Union und Europäischer Öffentlicher Dienst | Kommunikation | Leben in der Gesellschaft | Mitgliedstaat der EU | Mobilität der Arbeitskräfte | RECHT | Recht der Europäischen Union | Rechte und Freiheiten | Sozialbeitrag | Sozialdumping | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Wirtschaftsgeografie | Zuständigkeit der Mitgliedstaaten | öffentliche Konsultation

Zusammenfassung Das komplexe System der EU-Bestimmungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit muss zahlreiche Herausforderungen und nationale Gegebenheiten berücksichtigen. Zu diesen Herausforderungen zählen die uneinheitliche und mangelhafte Umsetzung, mangelnde Transparenz, fehlende Kenntnis der geltenden Bestimmungen sowie die Unsicherheit mit Blick auf die Stellung von Grenzgängern und deren Ansprüche auf Sozialleistungen. Die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, in welcher zahlreiche bedeutende Bestimmungen zur Beziehung zwischen den Mitgliedstaaten und der Erbringung von Leistungen für Unionsbürger erläutert werden, stellt eine weitere große Herausforderung dar.

Briefing DE, EN, FR

The Situation of Workers in the Collaborative Economy

Art der Veröffentlichung Eingehende Analyse

Kalenderdatum 04-10-2016

Verfasser SCHMID-DRÜNER Marion

Politikbereich Beschäftigung | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsbedingungen | Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | Arbeitsmarkt | Arbeitsrecht und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | beruflicher Status | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | BILDUNG UND KOMMUNIKATION | Datenschutz | Einkommensteuer | Elektronischer Handel | FINANZWESEN | HANDEL | Informatik | Information und Informationsverarbeitung | kollaborative Wirtschaft | Kommunikation | Personalvertretung | Qualifikation | Rassendiskriminierung | RECHT | Rechte und Freiheiten | sexuelle Diskriminierung | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | Steuerwesen | Vermarktung | Website | WIRTSCHAFT | Wirtschaftsstruktur

Zusammenfassung The collaborative economy (or “platform economy”), encompassing work-on-demand via apps like Uber and crowdwork like Amazon Mechanical Turk, has grown exponentially in recent years, thanks to the development of high-speed networks, the exploitation of big data and the availability of mobile devices, which have cut down transaction costs and allow for real-time effective matching of supply and demand.
While creating many new opportunities for digital and physical services, which have, thanks to lower costs as compared to established operators, rather expanded the market for services instead of crowding out the incumbents, this new digitally based economy has also raised questions on the situation of workers. As this literature review shows, their legal status (either as employees or self-employed) is often unclear, and negative effects on the labour market can be witnessed (such as missing social protection, low remuneration of work, questionable work-life balance and more). Many of these effects are due to the functioning of the digital economy, which relies on micro-tasks, trust-inducing mechanisms as ratings and - at times opaque - algorithms.
The literature review also presents policy solutions as discussed in recent literature.

Eingehende Analyse EN

Coordination of social security systems: Implementation Appraisal

Art der Veröffentlichung Briefing

Kalenderdatum 15-01-2015

Verfasser TYMOWSKI Jan Mikolaj

Politikbereich Bewertung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in der Praxis | Sozialpolitik | Umsetzung und Durchführung von Rechtsvorschriften

Schlagwortliste Anwendung des EU-Rechts | Arbeitsmarkt | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Durchführungsverordnung | EUROPÄISCHE UNION | exekutive Gewalt und öffentliche Verwaltung | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | Grenzgänger | Harmonisierung der Sozialversicherung | POLITISCHES LEBEN | Recht der Europäischen Union | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Verordnung der Gemeinschaft | Wanderarbeitnehmer | Zusammenarbeit der Verwaltungen

Zusammenfassung According to the report of the International Labour Organisation (ILO) there are around 10.5 million migrant workers in the EU, one million people crossing EU borders for work every day and about 250,000 people who have worked in more than one Member State and need to export a part of their pension rights every year.

The way social security is organised differs among European countries, since every Member State remains free to design its social security system independently. European rules determine however under which country's system a person should be insured when two or more countries are involved - for instance, if that person lives or works abroad in the EU.

In principle, social security coverage must be ensured by the country of employment and for economically non-active EU citizens, the country of residence.

The complex system of EU rules on social security coordination has a long history of contributing to the labour mobility in Europe and requires intensive cooperation between the Member States' authorities. Numerous provisions are subject to problems in implementation, or rather their application in specific cases continues to raise controversies. The opportunity of proposing a legislative revision within a broader package on citizens' and workers' rights would provide the occasion for improvements to the rules.

Briefing EN

Freedom of movement and residence of EU citizens: Access to social benefits

Art der Veröffentlichung Eingehende Analyse

Kalenderdatum 10-06-2014

Verfasser POPTCHEVA Eva-Maria Alexandrova

Politikbereich Beschäftigung | Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | Auslegung des Rechts | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | europäische Staatsbürgerschaft | EUROPÄISCHE UNION | europäisches Einigungswerk | freier Personenverkehr | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | innergemeinschaftliche Wanderung | Internationales Recht | Leben in der Gesellschaft | Mitgliedschaft in der Europäischen Union | Nichterwerbsbevölkerung | RECHT | Recht der Europäischen Union | Rechtsquellen und Rechtsdisziplinen | soziale Auswirkungen | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Rahmen | Sozialer Schutz | Sozialkosten | Sozialleistung | Sozialversicherungsrecht | Urteil des Gerichtshofs (EU) | Wanderungsbewegungen | WIRTSCHAFT | wirtschaftliche Auswirkung | Wirtschaftsanalyse

Zusammenfassung This paper seeks to provide an overview of the residence and benefits rights of EU citizens in a Member State other than their own, examining in particular criticisms of the current arrangements. Furthermore, it sets this issue in a wider context, providing statistical information on intra-EU immigration and access to benefits, as well as on the macro- and microeconomic impact of free movement within the EU.

Eingehende Analyse EN

Die Rolle des Sozialschutzes als wirtschaftlicher Stabilisator: Lehren aus der gegenwärtigen Krise

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 15-12-2010

Externe Autor Werner Eichhorst (IZA), Mathias Dolls (IZA), Paul Marx (IZA), Andreas Peichl (IZA), Stefan Ederer (WIFO), Thomas Leoni (WIFO), Markus Marterbauer (WIFO), Lukas Tockner (WIFO), Gaetano Basso (FRDB), Maarten Gerard (IDEA), Ingrid Vanhoren (IDEA) and Connie Nielsen (NIRAS)

Politikbereich Beschäftigung | Sozialpolitik | Wirtschaft und Währung

Schlagwortliste Arbeitslosenversicherung | Bekämpfung der Arbeitslosigkeit | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Einkommensgarantie | FINANZWESEN | Leben in der Gesellschaft | Rezession | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialpolitik | Sozialversicherungsrecht | Stabilisierung der Wirtschaft | Steuerpolitik | Steuerwesen | WIRTSCHAFT | Wirtschaftspolitik | Wirtschaftssituation

Zusammenfassung Der Sozialschutz hat insbesondere in Form von Arbeitslosenunterstützung, die Gewährung eines Mindesteinkommens und Steuerprogression bedeutend zur Verringerung der Schwere und Dauer der gegenwärtigen Rezession in den EU-Mitgliedstaaten und zur Stabilisierung der Arbeitsmärkte und des Verbrauchs beigetragen. Der Sozialschutz sorgt nicht nur für ein Sicherheitsnetz für diejenigen Gruppen, die von der Krise am stärksten betroffen sind, sondern hat auch eine stabilisierende Wirkung auf die Gesamtnachfrage nach den in der Wirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen. Die nach dem Ermessen der meisten europäischen Staaten durchgeführten Maßnahmen im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik umfassen ein breites Spektrum, wie beispielsweise Beschäftigungsanreize, höhere Unterstützungsleistungen und erhöhte Transferleistungen an Haushalte mit geringem Einkommen. Es sind jedoch weitere Maßnahmen erforderlich, um die Ungleichheiten beim Zugang zu Sozialschutz zu überwinden, mit denen Arbeiter in atypischen Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert sind, und um eine geeignete Ausstiegsstrategie aus freiwillig geleisteten Impulsen zu gestalten, damit die durch die Anti-Krisen-Politik geschaffenen fiskalischen Zwänge begrenzt werden.

Studie EN

Zusammenfassung DE

Costs and benefits of maternity and paternity leave - Workshop FEMM and EMPL committees, 5 October 2010

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 21-10-2010

Externe Autor Mr Heening Thomsen and Mrs Helene Urth
RAMBOLL
Denmark

Politikbereich Beschäftigung | Gleichstellungsfragen, Gleichheit und Vielfalt

Schlagwortliste Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | Arbeitsmarkt | Arbeitssicherheit | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Betriebliches Rechnungswesen | Elternbeihilfe | Kosten-Nutzen-Analyse | Mutterschaftsurlaub | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | UNTERNEHMEN UND WETTBEWERB | Vaterschaftsurlaub | weibliche Arbeitskraft

Zusammenfassung Index:
- Fully paid maternity leave of 18 and 20 weeks - impact assessment
- Proposition of a methodology to determine and quantify the benefits of maternity leave
- Benefits of maternity / parental leave in the eu27 - a review of the literature
- Fully paid paternity leave of 2 weeks - impact assessment
- The consequences of the extension of the maternity leave on women's participation on the labour market

Studie EN

Die Auswirkungen der Urteile des EUGH in den Rechtssachen Viking, Laval, Rüffert und Luxemburg auf die Tarifpraxis und die Wirksamkeit sozialer Massnahmen

Art der Veröffentlichung Eingehende Analyse

Kalenderdatum 14-05-2010

Externe Autor Professor Jonas Malmberg (Faculty of Law, Uppsala University, Finland)

Politikbereich Beschäftigung | Binnenmarkt und Zollunion | EU-Recht: Rechtsordnung und Rechtsakte | Sozialpolitik

Schlagwortliste Anwendung des EU-Rechts | Arbeitnehmer im Auslandsdienst | Arbeitskampf | Arbeitsmarkt | Arbeitsrecht und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Erbringung von Dienstleistungen | EUROPÄISCHE UNION | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | HANDEL | Recht der Europäischen Union | Rechtsprechung (EU) | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | Tarifverhandlung | Vermarktung

Zusammenfassung Das vorliegende Themenpapier vermittelt einen kurzen Überblick über die Auswirkungen der Rechtssachen Laval, Rüffert, Kommission/Luxemburg und Viking auf die Tarifpraxis und die Wirksamkeit sozialer Maßnahmen in der Europäischen Union und soll die Konsequenzen dieser bedeutsamen Urteile für die soziale Dimension des Binnenmarktes möglichst umfassend und aktuell beleuchten.

Eingehende Analyse DE, EN, FR

Economic Migrant Workers - Compilation of Briefing Notes

Art der Veröffentlichung Eingehende Analyse

Kalenderdatum 14-09-2007

Externe Autor Alessio CANGIANO (Centre on Migration, Policy and Society - COMPAS, University of Oxford, United Kingdom)

Politikbereich Beschäftigung | Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsmarkt | Arbeitsrecht und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Demografie und Bevölkerung | Facharbeiter | Hilfsarbeiter | Integration der Zuwanderer | INTERNATIONALE ORGANISATIONEN | Leben in der Gesellschaft | Nichtregierungsorganisation | Nichtregierungsorganisation | POLITISCHES LEBEN | Politisches Leben und öffentliche Sicherheit | SOZIALE FRAGEN | soziale Integration | Sozialer Schutz | Sozialpartner | Sozialversicherungsrecht | Wanderarbeitnehmer | Wanderungsbewegungen | Zivilgesellschaft | Überalterung der Bevölkerung

Zusammenfassung For the discussion of the general framework directive on labour immigration and the proposal for a directive on the conditions of entry and residence of highly skilled workers the EP requested two briefing notes to examine whether migration is an answer to the Member States' ageing problems and to declining working-age population. It is suggested that Member States should focus on high-skilled workers or a mix of them including the low-skilled. Further issues, as whether quotas by economic sector are appropriate and the impact of different integration policies, were looked at. Labour and social policy rights for third country-migrants were examined as well.

Eingehende Analyse EN

The Cost of Childcare in EU Countries (2 volumes)

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 08-01-2007

Politikbereich Sozialpolitik

Schlagwortliste Demografie und Bevölkerung | Erziehungsurlaub | Familie | Familienleistungsausgleich | Familienpolitik | frühe Kindheit | Kinderbetreuung | Leben in der Gesellschaft | Mutterschaft | Mutterschaftsurlaub | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht

Zusammenfassung The main aim of this study is to provide an overview of childcare policies for children aged 0 to 6 years in the 25 member states and a deeper understanding of the crucial issues at stake in family policy and child care. First, the study provides a collection of systematically comparable data on childcare and family policies in the 25 EU member states. Second, it provides a deeper analysis of six national cases representative of different models of childcare and social policy in general. Finally, it encompasses a transversal analysis of policy relevant issues based on the review of the literature and the data collected within the study.

Studie EN

Anlage 1 EN

Die Soziale Dimension der Erweiterung

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 15-04-1998

Externe Autor Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (GVG), Köln, Germany

Politikbereich Beschäftigung | Demokratie in der EU, institutionelle und parlamentarische Rechte | EU-Recht: Rechtsordnung und Rechtsakte | Sozialpolitik

Schlagwortliste Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | Arbeitsmarkt | Arbeitsmarkt | Arbeitsrecht und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | Arbeitssicherheit | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Beziehungen zwischen den Sozialpartnern | Estland | Europa | GEOGRAFIE | Leben in der Gesellschaft | Polen | Politische Geografie | Slowenien | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialpolitik | Sozialversicherungsrecht | Tschechien | Ungarn | Wirtschaftsgeografie

Studie EN

Zusammenfassung DA, DE, EL, EN, ES, FI, FR, NL, PT, SV

Arbeiten des Ausschusses für Soziale Angelegenheiten, Beschäftigung und Arbeitsumwelt - 1989-1994

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 01-12-1994

Politikbereich Beschäftigung

Schlagwortliste Arbeitsbedingungen | Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | Ausschuss EP | Bekämpfung der Arbeitslosigkeit | berufliche Bildung | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | europäische Sozialpolitik | EUROPÄISCHE UNION | freier Personenverkehr | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | Institutionen der Europäischen Union und Europäischer Öffentlicher Dienst | Internationales Recht | Leben in der Gesellschaft | Lohnpolitik | RECHT | SOZIALE FRAGEN | soziale Integration | Sozialer Schutz | Sozialversicherungsrecht | Verwaltung und Entlohnung des Personals

Studie DA, DE, EN, ES, FR, IT, NL, PT

Impact of the European Parliament on the Community's Social Legislation - July 1989-July 1994

Art der Veröffentlichung Studie

Kalenderdatum 15-09-1994

Externe Autor Mary Browne

Politikbereich Beschäftigung | Sozialpolitik

Schlagwortliste Altenpflege | Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation | Arbeitssicherheit | berufliche Bildung | Beschäftigung | BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN | Demografie und Bevölkerung | Entlassung aus wirtschaftlichem Grund | EUROPÄISCHE UNION | Europäischer Sozialfonds | Europäisches Parlament | Finanzen der Europäischen Union | Freizügigkeit der Arbeitnehmer | Institutionen der Europäischen Union und Europäischer Öffentlicher Dienst | Leben in der Gesellschaft | SOZIALE FRAGEN | Sozialer Schutz | Sozialrecht | Sozialversicherungsrecht | Wohnsitz

Zusammenfassung Thirty three pieces of legislation (directives, regulations and decisions) and four recommendations in the field of social policy for which the Committee on Social Affairs and Employment was responible were issued by the Council over the period under examination. Each piece of legislation is evaluated separately, by analysing the Cornmission's and the Council's reaction to Parliament's amendments.

Studie EN

Zusammenfassung FR